

28.01.2022

Vorlage für die Sitzung des Europaausschusses
am 2.02.2022

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Für eine atomwaffenfreie Welt! zu Drucksache 19/2758

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Kernwaffen einzusetzen. Er begrüßt als ersten Schritt dahin die Absicht der Bundesregierung, als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages teilzunehmen, um die Intention des Vertrages konstruktiv zu begleiten.

Begründung

Auch mehr als 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges lagern weltweit mehrere tausend Atomwaffensprengköpfe in den Arsenalen der Atommächte. Diese Waffen stellen weltweit nach wie vor eine immense Bedrohung für die Gesundheit und das Leben von Menschen dar. Jeder Gebrauch von Atomwaffen hätte katastrophale humanitäre Auswirkungen.

Im Juli 2017 wurde der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit breiter Mehrheit verabschiedet. Er trat am 22. Januar 2021 in Kraft und ist mittlerweile von 86 Staaten unterzeichnet und von 56 Staaten ratifiziert. Der Vertrag verbietet die Entwicklung und Produktion, den Test, Erwerb, die Lagerung und den Transport, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen sowie die Drohung mit ihnen.

Deutschland hat den UN-Atomwaffenverbotsvertrag bisher nicht unterzeichnet. Mit Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg haben bereits vier Länderparlamente

beschlossen, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen bzw. die Bundesregierung aufzufordern, ihm beizutreten.

Der Beitritt Deutschlands zum Vertrag ist ein wesentlicher Baustein zur Erreichung des Ziels einer atomwaffenfreien Welt. Er hätte u.a. die Beendigung der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland zur Folge.

Regina Poersch
und Fraktion